

**Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik**

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-0, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de
web: www.sankt-georgen.de/nbi



Friedhelm Hengsbach SJ

**Die Antwort der EU auf den britischen
Austritt – bloß 27 bunte Seifenblasen?**

In: Aachener Nachrichten, 2. Juli 2016

Nach dem Schock am frühen Morgen des 24. Juni war die erste Reaktion Wut, Enttäuschung, Trauer. Wer konnte dieses Votum erklären - eine Rebellion der einfachen Leute gegen die Eliten, der Älteren gegen die Jungen, des Südens gegen den Norden? Es sei der Protest gegen den Verlust an Souveränität gewesen, hieß es, der Aufstand gegen die Brüsseler Behörden, der Unmut über den Migrantenstrom. Welcher Geist bloß hatte die britische Bevölkerung gepackt - zu viel emotionale Erregung, kollektive Unvernunft, blauäugige Blindheit? So rätselten und urteilten die Experten auf dem Kontinent.

Unmittelbar darauf kündigten sie in Brüssel und anderswo scharfe Konsequenzen an: Ungezogene Kinder werden bestraft, getrennten Geschwistern wird mit gleicher Münze vergolten. Auge um Auge, Zahn um ganze Zahnreihen. Wer draußen ist, ist draußen. Die Erklärung des Ausstiegs muss sofort erfolgen. Ein radikaler Schnitt und ein kurzer Prozess verkürzen die Leiden aller. Rosinenpicken und privilegierte Behandlung des Abtrünnigen sind ausgeschlossen. Bloß keine Kettenreaktion in der Rest-EU.

Zum Glück war die Nervosität des Kontinents nach ein paar unaufgeregten Nächten abgeklungen. Die Kanzlerin fand beruhigende Worte, die den Briten einen Zeitraum zugestanden, sich zu sortieren, und den aufgeheizten Kollegen ein Durchatmen boten. So wurden ein zeitlicher Horizont und die Reihenfolge erkennbar, dass Verhandlungen der formellen Erklärung des Ausstiegs folgen werden.

Damit erhielten die EU-Akteure auf dem Kontinent eine günstige Gelegenheit, in den Spiegel zu schauen und darüber nachzudenken, was denn die Briten an der EU so unerträglich fanden, weshalb sie die Union verlassen wollen. Zwar waren sich alle darin einig, zusammen nach Wegen zu suchen, um jenes Unbehagen über die Institutionen und die Arbeitsweise der EU zu zerstreuen, das auch in Bürgerinnen und Bürgern der 27 Reststaaten rumort. Aber soll eine derart formale Absichtserklärung bereits alles gewesen sein? Sind die genannten Wege überhaupt begehbar? Und führen sie zum Ziel?

Überhaupt nicht zielführend ist die Absicht des Kommissionspräsidenten, jetzt mit erhöhtem Tempo den Einigungsprozess zu vertiefen, indem etwa alle EU-Länder in die Eurozone eingebunden werden. Dazu müsste erst der elementare Konstruktionsfehler der Währungsunion beseitigt werden, die bloß zwei monetäre Stellgrö-

ßen kennt, nämlich die Stabilität des Güterpreisniveaus und die Knebelung der öffentlichen Haushalte. Die unbedingt notwendige realwirtschaftliche Ankerfunktion, die für einen hohen Beschäftigungsgrad und eine faire Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums unverzichtbar ist, kann die EZB allein nicht leisten; sie wäre überfordert und demokratisch dazu nicht legitimiert.

Sehr störend wirkte es auf kleinere Länder, als die Kanzlerin sich selektiv einen quasi-hegemonialen Club nach Berlin einlud und das gleiche Recht der EU-27 aushebelte. Als reine Sprechblase klang ihre wiederholte Ansage, dass die EU sich nun vorrangig für die Herausforderung des 21. Jahrhunderts wappnen müsse, nämlich die Globalisierung und Digitalisierung. Sie redet auch gern davon, dass die EU keine Sozialunion sei. Wenn sie bloß an den Binnenmarkt und die Währungsunion denkt, mag sie Recht haben. Aber die EU-Verträge nennen wiederholt die Ziele eines wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie einer Solidarität der Mitgliedsländer. Unangemessen oft sprudeln aus den großen Reden der EU-Repräsentanten die Worte Binnenmarkt, Freihandel, Sparhaushalte und militärische Aufrüstung hervor, kaum jedoch der gerechte Umgang mit den Geflüchteten und den Fluchtursachen. Wollen sie die politischen Ursachen des Austritts der Briten aus der EU unter den Teppich kehren?

Schließlich ist Aussage des Ministerpräsidenten der Niederlande unannehmbar, dass er das träumerische Gerede über eine Änderung der Verträge und Institutionen oder gar eine EU-Verfassung nicht mehr hören könne. Die Kanzlerin spricht kleinteilig von besseren Ergebnissen an Stelle von mehr oder weniger Europa. Aber wie sollen die Ergebnisse besser werden, wenn die Institutionen pervertiert sind? Die EU krankt am Demokratiedefizit. Der Weg zu einem demokratischen Europa führt über ein Europäisches Parlament, das die Souveränität der Völker Europas verkörpert. Es wählt eine koordinierende Institution, welche die Funktion einer politischen Exekutive erfüllt. Als föderaler Gegenpol sollte eine Kammer der Mitgliedsländer gebildet werden - anstelle des Spektakels der EU-Gipfel, die auf die herkömmlichen Institutionen aufgepfropft wurden. Für die monetäre Stabilität ist die EZB, für den finanziellen Transfer zum Ausgleich regionaler Ungleichgewichte ist ein EU-Währungsfonds verantwortlich.

Mehr Demokratie ist das Ziel und der Weg der EU, nicht bloß Binnenmarkt, Geld und Militär.